

Bremen, 10. September 2019

Lenkeit: DFL schießt mit Gebührenbeteiligung von Werder ein Eigentor

„Die Ankündigung der DFL, die Bremer Gebührenbescheide fristgerecht zu begleichen, ist ein guter erster Schritt“, kommentiert der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Kevin Lenkeit die heutige Ankündigung der Deutschen Fußball Liga. „Und es ist auch eine gute Nachricht für die Polizistinnen und Polizisten in Bremen – denn diese Gebühren werden dazu verwendet, Überstunden abzugelten.“

Dass die DFL die Gebühren nur unter Vorbehalt zahlt und sich weiter juristisch gegen die Bescheide zur Wehr setzen will, sei ihr gutes Recht und komme nicht unerwartet, so Lenkeit weiter. „Angesichts des klaren Urteils des Bundesverwaltungsgerichts hätte ich mir aber eine andere Reaktion gewünscht. Dass nach einem so klaren Richterspruch die rechtliche Auseinandersetzung weiter in die Länge gezogen werden soll, finde ich nicht nachvollziehbar.“

Wenig Verständnis hat Lenkeit allerdings dafür, dass Werder Bremen die Hälfte der Kosten tragen soll. „Bremen hat den Gebührenbescheid an die DFL als Veranstalter der Bundesligapartien verschickt und nicht an Werder. Und das Bundesverwaltungsgericht hat dieses Vorgehen bestätigt. Es geht eben nicht darum, dass Werder an den Mehrkosten für Polizeieinsätze bei Hochrisikospielen beteiligt wird, sondern die DFL, die mehr als 4 Milliarden Euro Umsatz im Jahr macht, diese Kosten aber der Allgemeinheit aufbürden will. Ich bin überzeugt davon, dass diese Haltung, die nur dazu dient, politisch Druck zu machen, bei den Menschen auf immer weniger Verständnis stößt. Hier schießt die DFL ein Eigentor!“

Lenkeit abschließend: „Im Fußball wie in einer rechtlichen Auseinandersetzung gilt: Man muss auch ein guter Verlierer sein. Ich hoffe, dass die DFL ihre Verantwortung endlich anerkennt. Das wäre auch ein großer Schritt auf dem Weg zu einer bundeseinheitlichen Lösung. Denn hohe zusätzliche Polizeikosten bei Risikospielen sind nicht nur in Bremen ein Problem, sondern bundesweit. Dass Innensenator Ulrich Mäurer nun mit interessierten Kollegen Gespräche führen und eine Arbeitsgruppe für einen Solidarfonds gründen will, ist ein richtiger Schritt, und wir als SPD-Fraktion werden ihn in diesem Bemühen unterstützen.“